

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/172

Bonn, den 9. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Spätzündung

48

Die Waffenlieferungen der Bundesrepublik
an die Türkei und Griechenland

2

Wir freuen uns

35

Die Rentner-Besuche aus der Zone

3

Offizielles Kommunistenlob für de Gaulle

35

KPF stärkt seine innen- und außenpolitische Position

4 - 7

Weltweiter Wettstreit der Atom-Reaktoren

183

Ein Bericht von der 3. Internationalen Konferenz über
die friedliche Anwendung der Atomkraft in Genf
Von unseren Korrespondenten in Genf,
Pierre Sjancitsch

+ + +

Spätzündung

Die Waffenlieferung der Bundesrepublik an
die Türkei und Griechenland

sp - Was lange währt, m u B nicht immer gut sein. So geht es auch mit den Waffenlieferungen der Bundesrepublik an die Türkei und Griechenland, die nun endlich gestoppt worden sind. Der Beschluß an sich ist natürlich zu begrüßen; leider aber kommt er sehr spät, und das lange Zögern, ihn durchzuführen, hat die gute Position der Bundesrepublik in Ankara und Athen nicht gerade verbessert. Hätte man sich in Bonn sofort zu Beginn der Zypern-Krise zu diesem Beschluß durchringen können, wäre der Bundesrepublik nicht nur mancher Ärger, sondern auch manche politische Parne erspart geblieben.

Es lohnt sich jedoch, die Geschichte dieser bundesrepublikanischen Spätzündung etwas aufzurollen. Bei den Waffenlieferungen der Bundesrepublik an die Türkei und Griechenland handelt es sich um Hilfeverpflichtungen, die Bonn im Rahmen von NATO-Vereinbarungen übernommen hat. Ankara und Athen sollten Lieferungen in Höhe von je etwa 30 Millionen Mark erhalten.

Sofort nach dem Ausbruch der schon seit langem schwelenden Zypern-Krise, und als immer sichtbarer wurde, wie groß die Gefahr ist, daß an die NATO-Partner Griechenland und Türkei gelieferte Waffen auf Zypern eingesetzt werden könnten, haben die deutschen Botschafter in Ankara und Athen die Bundesregierung dringend ersucht, die Waffenlieferungen vorläufig einzustellen.

Trotzdem besuchte Bundesverteidigungsminister von Hassel im Frühjahr dieses Jahres Ankara, hielt dort Reden, die in Athen als eine einseitige Haltung im Zypern-Konflikt gewertet wurden, und verkündete zu allem Überfluß auch noch lauthals, die Bundesrepublik werde Schnellboote, Disenjäger, Panzerabwehrraketen und Aufklärungsflieger an die Türkei liefern. Natürlich hob daraufhin in Athen ein großes Wehklagen an, das nur dadurch nicht seine vollen Ausmaße erreichte, daß der deutsche Botschafter der griechischen Regierung versichern konnte, Herr von Hassel werde in Kürze auch nach Athen kommen und die Durchführung der schon seit langem vereinbarten Waffenlieferungen sicherstellen.

Dem Vernehmen nach haben nicht nur die Amerikaner, sondern auch der Generalsekretär der UNO, U Thant, die Bundesregierung wissen lassen, daß die Bonner Waffenlieferungen an die Türkei und an Griechenland nicht gerade dazu geeignet seien, den Zypern-Konflikt zu entschärfen.

Warum die Bundesregierung monatelang gezögert hat, um sich nun endlich zu dem Stop der Waffenlieferungen durchzuringen, dürfte wohl lange Zeit das Geheimnis des Auswärtigen Amtes bleiben. Sollten sich Gerüchte bestätigen, wonach bestimmte Waffenfabrikanten daran interessiert gewesen seien, daß die angekündigten Lieferungen von v e r a l t e t e m Material an die Türkei und Griechenland durchgeführt worden, um r e u e Waffenverkäufe an die Bundesrepublik tätigen zu können, dann hätten die zuständigen Ausschüsse des Bundestages allen Grund dazu, den ganzen, etwas hintergründigen Komplex näher zu untersuchen, als dies aufgrund einer Presseerklärung der Bundesregierung möglich ist.

Wir freuen uns

Die Rentner-Besuche aus der Zone

sp - Die Ankündigung aus Pankow, man werde demnächst in Mitteldeutschland wohnende Rentner zu ihren Verwandten in der Bundesrepublik und West-Berlin reisen lassen, wird für viele alte Menschen und ihre hier lebenden Angehörigen eine Freudenbotschaft sein. Man schätzt die Zahl der Rentner in der Zone auf etwa 3 Millionen. Wieviele davon die Möglichkeit wahrnehmen werden, in die Bundesrepublik zu reisen, ist noch nicht zu übersehen, weil es hierfür keine genauen Unterlagen gibt.

Auch wir teilen die Freude der alten Menschen und ihrer Angehörigen in der Bundesrepublik, von denen viele schon seit Jahren nicht mehr das Glück hatten, sich sehen oder sprechen zu können. Manches menschliche Leid wird nunmehr leichter zu ertragen sein, und hier in der Bundesrepublik sollte man alles tun, um jenen, die zu uns kommen werden, den Lebensabend zu erleichtern.

In die Freude über die Ankündigung der Reiserleichterungen für Rentner aus der Zone mischt sich ein bitterer Wermustropfen. Gerade dieses Ereignis, so begrüßenswert es sein mag, zeigt die dramatische Situation des deutschen Volkes. Man muß sich vergegenwärtigen, was es in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts bedeutet, in einer Zeit also, in der man mit einer Düsenmaschine von Berlin nach New York in sieben Stunden fliegen kann, wenn sich Deutsche darüber freuen, daß sie ihre Verwandten im eigenen Land besuchen dürfen. Seit dem Bau der Mauer in Berlin lebt diese Stadt in einem Zustand des permanenten Anachronismus. Die Mauer wurde zum Symbol der Trennung, zum Symbol einer Widernatürlichkeit, die die ganze Armseligkeit ihrer Erbauer zeigt. Auch hier haben wir jede kleine menschliche Erleichterung begrüßt.

Wenn jetzt die alten Menschen aus der Zone zu uns kommen, soll die Freude über ihr Glück uns anspornen, nach immer weiteren Möglichkeiten zu suchen, um menschliche Erleichterungen in unserem geteilten Land zu erreichen.

Offizielles Kommunistenlob für de Gaulle

KPF stärkt seine innen- und außenpolitische Position

H.B. - In Frankreich mehren sich die Anzeichen dafür, daß die kommunistische Partei bestrebt ist, die innen- und außenpolitische Position von de Gaulle zu stärken. Warum dies geschieht, dürfte klar sein. Seit jeher hat sich die kommunistische Partei Frankreichs dem eigenwilligen General gegenüber freundlicher verhalten als gegenüber jeder anderen französischen Nachkriegsregierung. Die KPF sieht in de Gaulle einen Staatsmann, der den Amerikanern in Europa Schwierigkeiten macht, und sie ist deshalb bereit, vieles zu unterlassen, was seine Haltung ändern könnte.

Jetzt hat das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Frankreichs durch eines seiner namhaften Politbüro-Mitglieder - Georges Marchais - öffentlich erklärt, die KPF sei nicht generell gegen die Ansichten de Gaulles. Wenn der General eine Politik treibe, die der Entspannung diene und die friedliche Koexistenz fördere, werde auch die kommunistische Partei Frankreichs eine solche Politik billigen und unterstützen.

Zu dieser Äußerung paßt auch das Verhalten der KPF in der schon jetzt beginnenden Kampagne zur Präsidentschaftswahl. Kurz vor dem Tode des langjährigen KPF-Führers Thorez hatten die Kommunisten de Gaulle wissen lassen, sie würden im ersten Wahlgang ihren populären Führer als Kandidaten aufstellen. Durch dieses Manöver sollte erreicht werden, daß der sozialistische Präsidentschaftskandidat Defferre nach Möglichkeit im ersten Wahlgang an die dritte Stelle gelangt, was zur Folge gehabt hätte, daß im zweiten Wahlgang nur eine Stichwahl zwischen de Gaulle und Thorez möglich gewesen wäre. Natürlich weiß die KPF genau, daß sie niemals ihren Kandidaten durchbringt, und daß allein die Aufstellung eines kommunistischen Präsidentschaftsbewerbers breite Wählerschichten aus den bürgerlichen Lager veranlassen würde, schon im ersten Wahlgang für de Gaulle zu stimmen und ihm damit die absolute Mehrheit zu sichern.

Nach dem Tode von Thorez hat die KPF noch keinen Kandidaten gefunden. Sie lobt jetzt die Politik de Gaulles, um ihre Wähler darauf vorzubereiten, daß die KPF an einem Sieg des Generals interessiert ist.

Weltweiter Wettstreit der Atom-Reaktoren

Ein Bericht von der 3. Internationalen Konferenz über
die friedliche Anwendung der Atomkraft in Genf

Von unserem Korrespondenten in Genf, Pierre Simonsch

Die 3. Internationale Konferenz über die friedliche Anwendung der Atomkraft, zu der mehr als 3000 Delegierte und Beobachter aus 72 Ländern nach Genf gekommen waren, glich eher einer Messe als einem technischen Erfahrungsaustausch. Wer sensationelle Enthüllungen erwartet hatte, kam nicht auf seine Rechnung. Dagegen gelangte der ungekehrte Kampf der in der Atomenergie führenden Staaten und Privatfirmen um die Beherrschung des Marktes an die Oberfläche - ein Kampf, der beweist, daß die Ära der Atomkraftwerke bereits angebrochen ist.

Neben den Regierungsdelegationen hatten auch die Ingenieure und Verkaufschefs der spezialisierten Weltfirmen während zehn Tagen ihre Zelte in Genf aufgeschlagen und ließen keine Möglichkeit ungenutzt, mit den am Ankauf von Reaktoren interessierten Ländern in Verbindung zu treten. Die führenden amerikanischen Firmen in der Sparte, "General Electric" und "Westinghouse", haben mit Unterstützung der Regierung zu einer wahren Offensive auf den Weltmarkt angesetzt - was die Engländer, Franzosen und Russen nicht ruhen läßt. Die spaltbaren Materialien sind der Brennstoff der Zukunft; und einer der Hauptgründe, warum plötzlich diese heftige Konkurrenz ausgebrochen ist, liegt darin, daß die angestrebte Serienproduktion der Atomreaktoren ihre Herstellungskosten bedeutend herabsetzen würde. Die verfügbare Energie aus Wasserkraft, die preislich unschlagbar ist, kann den Verbrauch schon längst nicht mehr decken, und wir stehen nunmehr an der Schwelle des Zeitalters, in dem die Atomkraftwerke billigeren Strom erzeugen als die Elektrizitätswerke mit "klassischen" Brennstoff (Kohle, Öl). Erst kürzlich hat Präsident Johnson einen Text unterzeichnet, der dem Staatsmonopol auf Uran in den Vereinigten Staaten ein Ende bereitet. Die amerikanische Privatindustrie kann sich nunmehr ohne Schwierigkeiten mit nuklearem Brennstoff eindecken.

Schon Preisstumpfung im Reaktorengeschäft?

Der Wettstreit der Nationen in Sachen Atomenergie ist gleichzeitig ein Wettstreit der verschiedenen Typen von Reaktoren. Die amerikanischen und russischen Reaktoren funktionieren mit angereicher-tem Uran, das gegenwärtig nur die beiden Großmächte infolge ihrer mächtigen Anlagen herstellen können (die englischen und französischen Atombomben besitzen Plutonium-Sprengköpfe), während die in England und Frankreich gebauten Reaktoren Natururan verbrennen. Die amerikanischen Reaktoren teilen sich wieder in sogenannte "Siedewasserreaktoren" (General Electric) und "Druckwasserreaktoren" (Westinghouse), um nur die hauptsächlichsten Typen zu nennen. Der Preis eines Siedewasserreaktors, wie die gerade im Bau befindliche Anlage von Oyster Creek (Leistung: 640 Megawatt), beläuft sich auf 67 Millionen Dollar, also auf 105 Dollar pro Kilowatt. Diese Ziffern werden jedoch von

vielen europäischen Fachleuten angezweifelt, die meinen, daß die Amerikaner entweder den Preis des Reaktors allein ohne die dazugehörenden Anlagen bekanntgeben, oder eine Dumpingpolitik betreiben wollen. Der tatsächliche Herstellungspreis dürfte um die 180 Dollar pro Kilowatt liegen.

Konkurrenzkampf sogar auf nationaler Ebene

Bei dem in England bereits in größerem Maßstab erzeugten "Magnox"-Reaktor wird die Kettenreaktion des Natururans durch Gas "moderiert" (gekühlt). Dieser Reaktortyp scheint aber nicht ganz zufriedenstellend zu arbeiten, denn in der letzten Zeit wandten sich die Studien der nationalen Atombehörde (United Kingdom Atomic Energy Authority) einem neuen Prototyp zu: dem AGR (Advanced Gas Cooled Reactor) der wie die amerikanischen Modelle angereichertes Uran verbrennt. Zwischen dem System AGR und dem Siedewasserreaktor von General Electric ist nun in England selbst der Konkurrenzkampf entbrannt. Die Regierung hat deshalb die drei Konzerne, die in England das Monopol für die Erzeugung von Reaktoren innehaben, gebeten, unabhängig voneinander Kostenvorschläge für beide Typen zu unterbreiten. Erst dann soll der Entscheid gefällt werden, welches System zu praktischeren Zwecken eingesetzt wird. Der britische Delegationschef an der Genfer Konferenz, Sir William Penney, bemerkte dazu, daß die Magnox-Serie deswegen keineswegs zum alten Eisen gehöre und gerade für solche Länder geeignet sei, die erst jetzt an die Atomenergie gelangen.

Auch Frankreich will "mitziehen"

Die Franzosen verweisen auf den Vorteil ihrer Reaktoren, mit Natururan zu arbeiten und deshalb niemals von den Lieferanten abhängig zu sein. Die verstaatlichte "Electricité de France" hatte sich vorsichtigerweise entschlossen, in Etappen vorzugehen und nach der Erstellung ihres ersten Reaktors (EDF-1), der ernste Mängel aufwies, erst dann immer einen weiteren zu bauen, wenn wirkliche Fortschritte erzielt wurden. Gegenwärtig ist man beim EDF-3 angelangt und der EDF-4 befindet sich in Konstruktion. Beide Anlagen haben eine Leistung von 480 Megawatt und können angeblich mit den klassischen Kraftwerken bezüglich des Preises der Kilowattstunde konkurrieren. Es ist aber unmöglich, von den französischen Stellen genaue Angaben zu erhalten. Man weiß nur, daß sich die Erstellungskosten dieser Reaktoren auf 240 Dollar pro Kilowatt belaufen, was auf alle Fälle wesentlich über dem Preis der amerikanischen Anlagen liegt. Nach den Ziffern des 5. Plans wollen die Franzosen jährlich Atomkraftwerke von 500 Megawatt Leistung in Betrieb stellen.

Koska bleibt zurückhaltend

Die sowjetische Atomindustrie hat eigentlich gegenwärtig nicht die Absicht, in den internationalen wirtschaftlichen Wettstreit einzusteigen. Sie ist mit den nationalen Aufträgen voll ausgelastet und bemüht sich höchstens - aus politischen Gründen - um Konstruktionsaufträge in den Ländern der Dritten Welt. Auch technisch kann die Sowjetunion in dieser Sparte noch nicht mit dem Westen mithalten; ihre Atomkraftwerke liefern eine verhältnismäßig bescheidene

Leistung und man schätzt, daß zur Erreichung von 650 Megawatt in einer sibirischen Anlage mindestens vier Reaktoren benötigt wurden. Der Reaktor von Belojarsk erzeugt 100 Megawatt und ein anderer, noch nicht in Betrieb genommener, in Nowo-Woronesch soll eine Leistung von 210 Megawatt haben; in einer zweiten Etappe jedoch soll die Leistung dieser beiden Anlagen auf 200 und 365 Megawatt erhöht werden. Ungeachtet ihrer geringen Leistung sollen diese Reaktoren, nach sowjetischen Angaben, besonders wirtschaftlich im Betrieb sein.

Atomkraftwerke werden langsam rentabel

Nach amerikanischen Angaben kostet der in den neuen Reaktoren in Dresden (Illinois) und im Yankee-Reaktor (Massachusetts) erzeugte Strom 4 bis 4,5 Mills (1 Mill ist der tausendste Teil eines Dollars) pro Kilowattstunde. Zum Vergleich dazu kostet die Kilowattstunde in einem modernen Kraftwerk mit klassischem Brennstoff 2,2 Mills. Man rechnet nun, daß die bereits im Bau befindlichen oder in nächster Zukunft in Angriff genommenen Atomkraftwerke Strom für 2,1 bis 2,4 Mills pro Kilowattstunde liefern werden. Diese technische Entwicklung soll durch eine Vertilgung des angereicherten Urans unterstützt werden, so hoffen die Amerikaner. Eine weitere Meinung, die von europäischen Fachleuten nicht geteilt wird, da diese im Gegenteil ein Ansteigen der Preise für diesen Brennstoff im nächsten Jahrzehnt befürchten.

Außerdem sind die wirtschaftlichen Bedingungen für eine Rentabilität in jedem Land verschieden. In Indien zum Beispiel wird gegenwärtig an einem Atomkraftwerk von 380 Megawatt Leistung bei Bombay gebaut, für das 84 Millionen Dollar veranschlagt sind. Man rechnet mit einem Strompreis von 6,76 Mills pro Kilowattstunde, was ziemlich hoch erscheint. Nimmt man aber zum Vergleich die Kosten einer Kilowattstunde aus einem klassischen indischen Elektrizitätswerk - bei Kohlenheizung 7,9 bis 8,5 Mills und bei Ölheizung 6,63 Mills -, so sind die Atomkraftwerke durchaus kompetitiv.

Viele Interessenten

Auf Grund dieser Berechnungen hat sich die indische Regierung entschlossen, in den kommenden Jahren eine größere Anzahl Atomkraftwerke zu kaufen. Diese Kraftwerke sollen 1971 bereits 1,2 Millionen Kilowatt Strom liefern; bis zum Jahre 1986 soll ihre Leistung auf 20 Millionen Kilowatt jährlich ansteigen. Mehrere Staaten der Dritten Welt zählen zu den Interessenten für Atomkraftwerke. Die Vereinigte Arabische Republik hat einen Wettbewerb für den Bau eines Reaktors, der 150 MW leistet und gleichzeitig Meerwasser entsalzt (eine weitere Anwendungsmöglichkeit der Atomenergie), ausgeschrieben. Darüberhinaus wollen die Ägypter mit Hilfe von atomaren Sprengmitteln einen 75 Kilometer langen Kanal vom Mittelmeer zur Tiefebene von Qatara schaffen und dadurch hydraulische Energie gewinnen.

In Deutschland, Schweden und Italien arbeiten bereits mehrere Atomkraftwerke nach amerikanischem Muster, die zum Teil gekauft und zum Teil unter Lizenz in Lande erzeugt wurden. Nur hat sich auch die Schweiz entschlossen, eine Atomzentrale von 200 Megawatt

zu erstellen; aus Gründen der wirtschaftlichen Unabhängigkeit hat man sich dabei für das Natursuran-System entschieden.

Infolge der Unzulänglichkeit der sowjetischen Atomindustrie sah sich Rumänien als erstes Land des Ostblocks gezwungen, im Westen Prospekte zu verlangen. Dank der Auflockerung in den ost-westlichen Handelsbeziehungen mangelt es auch nicht an Angeboten. Am besten im Rennen liegen die Amerikaner, aber auch die Franzosen (der französische Hochkommissar für Atomenergie, Francis Perrin, besuchte kürzlich Rumänien) haben gute Chancen, den Auftrag zu bekommen. Im Moment hat sich Bukarest noch nicht entschieden. Russische Techniker konstruieren gegenwärtig ein Atomkraftwerk für die Tschechoslowakei, der Bau geht aber trotz der erwarteten bescheidenen Leistung von 150 Megawatt zu langsam voran, und es kursiert das Gerücht, wonach sich auch die tschechische Regierung an den Westen wenden möchte.

Neue Probleme

All dies beweist, daß wir schon mitten im Atomzeitalter mit allen seinen Gefahren drinstehen, und daß wir vor den neuen Problemen nicht den Kopf in den Sand stecken dürfen. Bedauerlich zeigte sich an der Genfer Konferenz die Abwesenheit von europäischen Gewerkschaftlern, und es ist zu befürchten, daß wir von der Entwicklung überrannt werden. Der amerikanische Gewerkschaftsvorband AFL-CIO befaßt sich schon seit Jahren mit der Problematik der Atomindustrie. Er hat eine Spezialabteilung geschaffen, das "Atomic Energy Technical Committee", dessen Sekretär Leo Goodman als Beobachter nach Genf gekommen war. Goodman hat in mühsamer Kleinarbeit hunderte Fälle von Strahlungs-erkrankungen und Todesfällen gesammelt und analysiert, die teilweise von den Regierungsstellen geheimgehalten wurden, um keine "Hysterie" zu verursachen. Diese Erkrankungen können erst Jahre nach dem Unfall zum Ausbruch kommen und zu endlosen Streitigkeiten mit Krankenkassen und Versicherungen führen. Ein wirksames System zur Verhütung von Unfällen in der Atomindustrie muß in allen Staaten in der Gesetzgebung verankert werden. Die amerikanischen Gewerkschaften verlangen außerdem eine sofortige Umwandlung der für militärische Ziele arbeitenden Atomindustrie auf Friedensproduktion. Der Konvent der AFL-CIO nahm daher im vergangenen November eine Resolution an, welche anstelle der Weiterführung der unnützen Atomrüstung den Bau von 1000 nuklearen Kraftwerken vorsieht, die in den bedürftigsten Regionen unseres Planeten aufgestellt werden sollen.